

# Volks-Zeitung

Mit „Unterhaltungs-Blatt“

Moden-Zeitung

Sport-Zeitung

Film-Zeitung

Haus u. Garten-Ztg

Techn.-Zeitung

Witzblatt „ULK“

2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Mal der Terrassen von Warden



Die größte Terrasse der Welt im Yellowstone-Nationalpark U. S. A.

## Moldenhauer lobt seinen Etat / Schobers Brief nach Genf / Die Grundstückskäufe der B. V. G.

### Werden die Demokraten energisch?

Beschluss gegen Panzerkreuzer B — Sicherungen für die Osthilfe verlangt

Die demokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung den bereits von uns angekündigten Beschluss gegen den Panzerkreuzer „B“ gefasst.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ berichtet, bei den bevorstehenden Erörterungen über den Panzerkreuzer B werde der demokratische Eltsredner im Reichstag zum Ausdruck bringen, dass die Reichstagsfraktion der Demokraten die erste Baureihe für den Panzerkreuzer „B“ ablehnt, und zwar einsparigen die Besenken der Demokraten den gleichen Auffassungen, die bereits beim Panzerkreuzer „A“ von demokratischer Seite zum Ausdruck gebracht worden sind. Was aber den Panzerkreuzer anlangt, so fordern schon die merkwürdige Art und Weise, wie dieser Posten in den Etat gebracht worden sei, zur stärksten Kritik heraus, zum anderen aber werde sich die demokratische Reichstagsfraktion auf ihren früher eingebrachten Antrag berufen, der von der Marineleitung ein klares Programm verlangt, das über die Ersatzbauten überflüssiger Schiffe Auskunft gibt. Die für die erste Rate ausgeworfenen 2,9 Millionen Mark müssen eingespart werden. Es besteht die Hoffnung, dass auch bei anderen Parteien, die durch Minister in der Regierung vertreten sind, der gleiche Wunsch vorhanden ist, dass durch Ablehnung oder Verrückung dieses Etatpostens eine krisenhafte Situation vermieden wird.

Im Osthilfeprogramm müsse vor allem eine klare Zweckbestimmung für die zu bewilligenden Gelder vorgesehen sein. Eine unbestimmte Ermächtigung über die Verwendung könne nicht gegeben werden. Die angeforderten Beträge für Kanäle, Wasserstrassen und Wegebauten dürften bewilligt werden, ebenso eine vorgesehene Frachtsenkung. Der entscheidende politische Kampf wird bei der Besitzbefestigung einsetzen. Bei der Lastsenkung wird gefordert werden müssen, dass mit der Senkung der Realsteuern begonnen wird. Eine solche muss nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für das Gewerbe und die Industrie erfolgen. Ausserdem muss der Beginn der Realsteuersenkung im Osten eine Senkung der Realsteuern im ganzen Reiche nach sich ziehen. Die vorgesehene Umschuldung muss ohne neue Steuern erfolgen und ohne Gefährdung der geplanten Steuersenkung. Die Umschuldung darf weiter nur erfolgen bei noch lebensfähigen Betrieben und schliesslich müssen absolut neutrale Stellen über die Bewilligung der Gelder entscheiden.

Keinesfalls dürfen Organe des Landbundes einen entscheidenden Einfluss auf die Gelderbewilligung haben und weiterhin werden Sicherungen getroffen werden müssen, dass eine Subvention für nicht lebensfähige Betriebe zu unterbleiben hat.

Die Demokraten werden alsdann noch eine Reihe von Forderungen aufstellen, im besonderen wird eine Förderung der

Siedlung, und zwar hauptsächlich der Anliegersiedlung, gefordert werden. Ebenso ist es notwendig, dass die Reichsregierung Anschluss gibt über ihre Handelsvertragspolitik, und endlich wird das Kabinett Brining unter anderem über seine Stellung zur Wahlreform und Reichsreform befragt werden. Unabhängig davon will die demokratische Reichstagsfraktion im einzelnen bei dem vorliegenden Haushalt genau prüfen, welche Ausgaben-senkungen in Vorschlag gebracht werden können. Für die demokratische Reichstagsfraktion wird der Vorsitzende, Abgeordneter Oskar Meyer, sprechen.

Die Demokraten scheinen einen Anlauf zu nehmen und sich auf ihre selbständige Existenz wieder lebendiger zu besinnen. Die sehr energischen Proteste aus allen Teilen des Reiches und das freudige Echo, das das Hervortreten des sozialrepublikanischen Kreises in der Öffent-

lichkeit gefunden hat, sind sichtlich nicht ohne Wirkung auf die demokratische Parteiführung geblieben. Es darf aber nicht bei diesem an sich erfreulichen Anlauf bleiben.

### Opposition gegen Koch und Dietrich

Demokratischer Parteiausschuss am 26. Mai

Auf dem gestrigen ausserordentlich stark besuchten Parteitag des Wahlkreises Berlin der Demokratischen Partei teilte der Parteivorsitzende Koch-Weser in seinem Referat über die politische Lage mit, dass die Demokraten unter allen Umständen gegen den Panzerkreuzer stimmen würden und dass der demokratische Parteiausschuss am 26. Mai zusammentreten würde. Es werde dafür gesorgt werden, dass der Parteiausschuss volle Klarheit schaffe oder dass dann der Parteitag zusammentrete. In wenig überzeugenden Ausführungen suchten Koch-Weser und Reichswirtschaftsminister Dietrich, vielfach von Zwischenrufen unterbrochen, die Haltung der Reichstagsfraktion zu rechtfertigen. Die Auseinandersetzungen, in denen der gegnerische Standpunkt sehr lebhaft zum Ausdruck kam, zogen sich bis in die späten Abendstunden hin.

### Busch verdunkelt

Wie lange will die Staatsanwaltschaft noch zusehen?

Als der Untersuchungsausschuss des preussischen Landtags die durch Stadtrat Busch getätigten Grundstückskäufe der Stadt Berlin untersuchte, und als bei dieser Untersuchung Stadtrat Busch sehr schwer belastet wurde, warfen wir hier wiederholt die Frage auf, ob die Staatsanwaltschaft den unter schwerem Verdacht stehenden früheren Stadtrat nicht in Untersuchungshaft nehmen wolle, gegen die natürlich auch Krankheit nicht schützt. Es war vorauszusetzen, dass der vor dem Untersuchungsausschuss Belastete versuchen würde, den Tatbestand zu verdunkeln und sich so aus der Schlinge zu ziehen.

Schon die Vernehmungen des Untersuchungsausschusses, die in voller Öffentlichkeit vor sich gingen, erschienen in diesem Falle bedenklich. Man hat sich früher fast ängstlich gehütet, die parlamentarische Untersuchung in Kollision mit der gerichtlichen zu bringen und diese zu gefährden. Im Falle Busch hat man die gerichtliche Untersuchung durch die Vernehmungen vor dem Ausschuss zweifellos erheblich erschwert. Herr Busch

erfuhr genau, welche Trümpfe gegen ihn ausgespielt werden können, alle Zeugenaussagen sind ihm bis aufs I-Tipfelchen bekannt, und er kann seine Gegenmienen legen.

Das hat er auch getan, trotz seiner Krankheit. Sie besteht anscheinend nur für das Gericht, nicht für ihn, denn sie hat ihn nicht gehindert, seine Schwiegertochter zu seinem Geschäftsfreund Lutki nach Holland zu schicken, um auf diesen zu seinen Gunsten einwirken zu lassen und um über seine Aussage Näheres zu erfahren. Das ist ein Verdunkelungsversuch in Reinkultur, und Busch müsste nicht Busch sein, wenn man ihm nicht ähnliche Verdunkelungsmanöver nach anderer Seite hin zutrauen könnte.

Es handelt sich dabei nicht einmal nur um die Durchkreuzung des Strafverfahrens, sondern es stehen auch materielle Interessen der Stadt Berlin und jedes einzelnen Steuerzahlers auf dem Spiel. Denn wenn Busch sich Untreue im Amte hat zuschulden kommen lassen, so haftet er der Stadt Berlin für die Summen, die er ihr unrechtmässigerweise für Provisionen usw. aus der Tasche gezogen hat, und die Öffentlichkeit hat das allergrösste Interesse daran, dass die Vermögenswerte des Herrn Busch dem Zugriff der Stadt Berlin erhaltenbleiben, soweit sie noch nicht ins Ausland verschoben oder sonstwie versteckt sein sollten.

Wir geben daher der Erwartung Ausdruck, dass die Staatsanwaltschaft nach dem Zusammenspiel des Stadtrats Busch mit seiner Schwiegertochter und dem Holländer Lutki endlich die nach der Strafprozessordnung zulässigen und hier unbedingt erforderlichen Massnahmen gegen weitere Verdunkelungsversuche Buschs trifft.

## Schobers Beruhigungs-Brief nach Genf

Die Mitteilung über die innere Entwaffnung Oesterreichs

GENE, 2. Mai.

Ueber das Waffenfragen in Oesterreich hat Bundeskanzler Schober an den Generalsekretär des Völkerbundes unter dem 13. März einen Brief gerichtet, der zur Kenntnisnahme allen Völkerbundesstaaten zugeleitet und gestern veröffentlicht worden ist. Der Brief besagt, die Bundesregierung halte es für angezeigt, angesichts der zu wiederholten Malen und in verschiedenen politischen Kreisen des Auslandes aufgetauchten Meinungen über den Nutzen, den für Oesterreich eine vollständige Entwaffnung im Innern darstellen könnte, dem Völkerbundsrat von Zeit zu Zeit Anskünfte über die von der Bundesregierung in dieser Frage erlassenen Massnahmen zu geben.

In der vorliegenden ersten Mitteilung dieser Art führt dann der Bundeskanzler weiter aus:

„Die in Oesterreich seit der Anwendung der gegenwärtig in Kraft befindlichen Vorschriften über das Recht zum Waffen-tragen hervorgetretenen Mängel haben die Bundesregierung veranlasst, die Einführung wirksamer gesetzlicher Massnahmen vorzubereiten. Die Bundesregierung ist zu diesem Zweck im Begriff, einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über das Waffenpatent auszuarbeiten. Der Entwurf wird das

Verbot des Waffenbesitzes und die allgemeine Verpflichtung zur Waffenablieferung

an die zuständigen Behörden in eine bestimmte Form bringen. Auch werden darin für Überschreitungen längere Strafen vorgesehen. Der Gesetzentwurf wird dem Nationalrat in der nächsten Session vorgelegt werden.“

### Die polnisch-litauische Grenze offen

WARSAU, 2. Mai. (W. T. B.)

Die von Vertretern der polnischen und der litauischen Behörden geführten Beratungen über die endgültige Inkraftsetzung der Königsberger Beschlüsse betreffend den kleinen Grenzverkehr zwischen Polen und Litauen haben gestern zur offiziellen Eröffnung des Grenzverkehrs zwischen den beiden Ländern geführt. Am ersten Tage haben von polnischer Seite etwa 700 Bauern die Grenze überschritten, von Litauen sind 320 Bauern nach Polen gekommen.



# Wie Stalin Blumkin erschossen liess

Das Ende des Mörders des Grafen Mirbach — Von Radek verpiffen

In einem Artikel seines Pariser Organs bestätigt Trotzki die Erschiessung seines Anhängers und Verbindungsmannes Blumkin. Es handelt sich um den früheren Sozialrevolutionär, der vor 12 Jahren den deutschen Botschafter, Grafen Mirbach, erschossen hat und seitdem hohe Stellen in der Sowjetunion bekleidete. Nach der Ausweisung Trotzki aus Russland habe Blumkin von der russischen Opposition, zu der damals noch Radek gehörte, den Auftrag erhalten, nach Konstantinopel zu reisen, um dort mit Trotzki die weiteren Fraktionsarbeiten zu besprechen. Während dieser Verhandlungen in der Türkei habe Radek vor Stalin kapituliert. In Unkenntnis dieser Wendung sei Blumkin nach seiner Rückkehr nach Moskau direkt zu Radek gegangen, um diesem über seine Besprechung mit Trotzki zu berichten.

Radek liess Blumkin zunächst alles erzählen und teilte ihm dann seinen politischen Kurswechsel mit, indem er ihn gleichzeitig vor die Wahl stellte, sich freiwillig zur G. P. U. zu begeben, oder er (Radek) werde der Staatspolizei Mitteilung machen.

Darauf sei Blumkin selbst zur G. P. U. gegangen und habe über seine Konferenz mit Trotzki berichtet. Die G. P. U. überbrachte

das Protokoll sofort Stalin, der daraufhin anordnete, dass Blumkin ohne Gerichtsverfahren standrechtlich zu erschossen sei. Schon am Tage darauf sei die Erschiessung in Moskau ausgeführt worden.

Wie die Trotzki-Zeitschrift „Der Kommunist“ meldet, sind unter der Anklage, Eisenbahn-Sabotage organisiert zu haben, zwei führende russische oppositionelle Kommunisten, Selow und Rabinowitsch, von der G. P. U. erschossen. Das Organ der Linkskommunisten behauptet, dass der wahre Grund der Erschiessung „persönliche Rache und Usurpatorenangst“ Stalins sei.

## Im Haus der Angestellten

Am Vortag der Gautagung des G. d. A.

Als Auftakt für die Tagung des Gauess Brandenburg im Gewerkschaftsbund der Angestellten, die heute und morgen in Berlin stattfindet, fand gestern nachmittag eine Besichtigung des „Hauses der Angestellten“ und im Anschluss daran ein „Fest“ im „Flugverbandshaus“ statt. Ein Rundgang durch die ver-

schiedenen Abteilungen überzugle Delegierte und Pressevertreter von der intensiven und umfangreichen Arbeit, die von dem Bunde geleistet wird. Das schöne und geräumige „Haus der Angestellten“ ist kein Luxusbau, sondern hat sich durch die immermehr fortschreitende Konzentration innerhalb der Organisation notwendig gemacht.

Bei der Begrüssung im Flugverbandshaus wartete Geschäftsführer Kahlen mit einigen Zahlen auf, die treffend die wirtschaftliche Bedeutung des Angestelltenstandes beleuchten. Seit dem Jahre 1907 hat sich die Zahl der Angestellten in Deutschland von 1,5 auf 3,5 Millionen vermehrt.

Der Zuwachs der Angestellten beträgt also 133 Prozent, während der Zuwachs der Gesamtwirtschaften sich auf 27 und der Zuwachs der Arbeiter sich auf 24 Prozent beläuft.

Soziologisch könne der Angestelltenstand als der künftige neue Mittelstand angesprochen werden.

Der Bundesvorsitzer, Reichstagsabgeordneter Schneider, betonte, dass eines der vornehmsten Ziele des Gewerkschaftsbundes sei, den Blick des deutschen Angestellten für die staatsbürgerlichen Aufgaben zu weiten. Der Bund überlasse es dem einzelnen, seine Gedankenwelt in der Partei durchzusetzen, zu der er sich hingezogen fühle. Partei sei eine Frage des Gewissens. Der staatsbürgerliche Mensch könne von der Politik nicht allein leben, eine kulturelle Grundlage sei notwendig. Wir können uns nicht in politische Parteien und Sekten zersplittern. Das zu verüben, sei ein Ziel der Bundesarbeit.

Schweizer Diskont bleibt unverändert. Das Direktorium der schweizerischen Nationalbank beschloss, nach Kenntnisnahme der ausländischen Diskontsenkungen, den schweizerischen Diskont in bisheriger Höhe von 3 Prozent beizubehalten.

### Deutschum

### im Ausland!

### Argentinien

### Guia Germana

### 1927 28

Die Adressen aller in dem Lande der Zukunft die deutsche Sprache in jenem Lande verbreitet ist. Preis des reichhaltigen Werke

RM. 20.-

Ausgabe 1924/25

RM. 15.-

Zu beziehen gegen Einsendung des Betrages franko Deutschland vom Verlag

Rudolf Mosse

Abt. Adressbücher und Codes

Berlin SW. 100

Rudolf Mosse-Haus

Jerusalemstr. 46/47

Postachtkennz. 2961

### Nach Norden

### Island

### Reykjavik

### Adressbuch von Island 1930

mit sprachlichem Branchen Register (dänisch, deutsch, englisch) im Umfang von 650 Seiten unterrichtet zuverlässig über Handel und Gewerbe auf dieser nordlichen Insel.

Preis RM. 11.-

Ausgabe 1927

RM. 6.-

Ausgabe 1928

RM. 4.50

Zu beziehen geg. Vorauszahlung des Betrages auf das Postcheckkonto Berlin 20317 von

Rudolf Mosse

Abt. Adressbücher und Codes

BERLIN SW. 100

Rudolf Mosse-Haus

Jerusalemstr. 46/47



Agfa-Travis Woche

# Stoffe - Wäsche - Strümpfe

aus der feinfädigen deutschen Qualitäts-Kunstseide Agfa-Travis

Agfa-Travis ist eine Qualitäts-Kunstseide von besonders feinen Einzelfasern. Je feiner aber die Einzelfasern einer Kunstseide, um so weicher, schmiegsamer und seidiger sind die daraus hergestellten Fabrikate. Um einen Begriff von der Feinfädigkeit der Agfa-Travis zu geben, sei erwähnt, daß die Einzelfasern, die den Agfa-Travis Fäden bilden, noch feiner sind als die Naturseidenfasern. Aus dieser feinfädigen Kunstseide hergestellte Web-, Wirk- und Strickwaren sind durch das bekannte

blaugoldene Agfa-Travis Etikett (Doppel-Rhombus im Kreis) gekennzeichnet und bieten damit Gewähr für unübertroffene Weichheit und hervorragende Haltbarkeit.

In allen einschlägigen Geschäften und in den Kauf- und Warenhäusern erhältlich

Wie die feinfädige Qualitäts-Kunstseide Agfa-Travis hergestellt und von der deutschen Textilindustrie zu Fertigfabrikaten verarbeitet wird, schildert eine interessante Broschüre, die von der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Abteilung Kunstseide, Berlin SO 36, kostenlos abgegeben wird. Fordern Sie bitte dieses „I“ unter der Bestellnummer 204.

**RUDOLF MOSSE**  
**FILM-CODE**

Der Verlag Rudolf Mosse gibt unter Mitwirkung des „Film-Kurier“ unter dem Titel „Film-Industrie-Code“ Fachbergriffung zum Rudolf Mosse-Code, einen Spezial-Code der gesamten Filmbranche heraus. In Verbindung mit dem großen Rudolf Mosse-Code ist dieser „w-Code“ auf codierten Gebieten des deutschen Volkswesens. Denn er enthält nicht nur für alle Einzelne Geschäftsverhältnisse, sondern auch für alle abgesehen handelsmäßigen Dinge und Fragen des täglichen Lebens die billigsten telegraphischen Anordnungsbezeichnungen. Preis des Film-Code 2 Mk. für den Durchschlag gegen Vorauszahlung auf Postcheckkonto Berlin, Nr. 26517.

Abteilung Adressbücher und Codes

**RUDOLF MOSSE**  
**BERLIN**

**Ausschneiden GUTSCHEIN**  
für die Abonnenten der „Berliner Volks-Zeitung“ Gültig für die Zeit vom 4. 5. — 10. 5. 30

**Gratisaufnahme einer Familien-Anzeige**

in der „Berliner Volks-Zeitung“ bis zu 20 Zeilen bei Rückgabe dieses Gutscheins. In Frage kommen Verlobungs-, Vermählungs-, Geburts- und Todes-Anzeigen. Mehrzeilen werden nach Tarif berechnet.

Massensenden unter Beifügung der letzten Abonnentensendung an den Verlag, Berlin SW 100, Rudolf Mosse-Haus, Jerusalemstrasse 46-48 oder an eine Filiale der Annamex-Expedition Rudolf Mosse.

**Ausschneiden GUTSCHEIN**  
für die Abonnenten der „Berliner Volks-Zeitung“ Gültig für die Zeit vom 4. 5. — 10. 5. 30

**Gratisaufnahme einer Kleinen Anzeige**

in der „Berliner Volks-Zeitung“ bis zu 7 Worten einschließlich einem feinen Überschriftswort bei Rückgabe dieses Gutscheins. Weitere Worte nach Tarif. Ausgeschlossen von dieser Vergünstigung sind Geschäfts- und Stellen-Anzeigen.

Massensenden unter Beifügung der letzten Abonnentensendung an den Verlag, Berlin SW 100, Rudolf Mosse-Haus, Jerusalemstrasse 46-48 oder an eine Filiale der Annamex-Expedition Rudolf Mosse.

